

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

23.4.1930 (No. 95)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrieder-
Straße Nr. 14
Bemerkungen
Nr. 953
und 954
Botenstation
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Ueberschär,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 2 mm Höhe und ein Element Breite. Preise sind ohne Mehrwertsteuer. Bei Wiederholungen trittlicher Rabatt, der als Rabatzzahlung gilt und bewilligt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Verleger des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwanzigerweiser Beitreibung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansperrung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage

(mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)
In der ersten Hälfte des April hat sich die saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes wohl weiter durchgesetzt, aber sie blieb in ihrem Ausmaß noch mehr gegenüber dem Vorjahr zurück als in der zweiten Märzhälfte. Die Zahl der Personen, die am 15. April bei den Arbeitsämtern vorgemerkt waren, belief sich noch auf 156 800; sie ist um rund 13 000 gegen den Monatsanfang gefallen, ist aber um über 24 300 höher als Mitte April vorigen Jahres.

An der Entlastung des Arbeitsmarktes in der ersten Aprilhälfte hatten wiederum Baugewerbe, Landwirtschaft und Industrie der Steine und Erden vorwiegenden Anteil, aber auch die anderen Gewerbegruppen erfuhren durch die bessere Beschäftigung der Schlüsselgewerbe eine Erleichterung. Eine merkliche Verschlechterung hat zum Quartalswechsel nur die Lage in den Angestelltenberufen erlitten; Mitte April waren 13 700 Angestellte eingetragenen, das sind um über 800 mehr als Ende März. Die Mehrbelastung des Arbeitsmarktes gegenüber dem Vorjahr erstreckte sich jetzt auch auf die Saisongewerbe, die Ende März noch niedrigere Zahlen gegen das Vorjahr aufzuweisen hatten.

Als ungünstiges Zeichen für die Entwicklung muß es auch gedeutet werden, daß die Zahl der aus der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung ausgeschiedenen Personen höher ist als die Abnahme der Arbeitsuchenden überhaupt. Die wegen Erschöpfung des Unterstützungsanspruchs ausgeschiedenen Personen betragen in der Mehrzahl den Arbeitsmarkt weiter. Nur zum Teil gelangen sie in den Genuß der Krisenunterstützung, deren Inanspruchnahme immer noch im Steigen begriffen ist.

Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 15. April 1930 folgender:

- In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 81 624 Personen (68 010 Männer, 13 614 Frauen), in der Krisenunterstützung 14 467 Personen (11 401 Männer, 3066 Frauen).
- Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel in der Zeit vom 1. bis 15. April um 13 405 Personen oder um 12,2 v. H., von 109 496 Personen (91 981 Männer, 17 515 Frauen), auf 96 091 Personen (79 411 Männer, 16 680 Frauen); davon kamen auf Württemberg 34 963 gegen 42 172 und auf Baden 61 128 gegen 67 324 am 31. März 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamtes Südwestdeutschland kamen am 15. April 1930 auf 1000 Einwohner 19,1 Hauptunterstützungsempfänger gegen 21,8 am 31. März 1930 und 16,4 am 15. April 1929.

Die Entwicklung und die Lage des Arbeitsmarktes und die Inanspruchnahme der Unterstützungsanstalten wurde besonders von folgenden Berufsgruppen beeinflusst:

Das Baugewerbe hatte wieder den absolut größten Anteil an der Entlastung, indem es Facharbeitern sowohl als auch Hilfsarbeitern Beschäftigung bot. Infolge des nahenden Beginns der Bauzeit boten sich zu Instandsetzungsarbeiten hauptsächlich für Gipser und Maler Arbeitsmöglichkeiten. Im großen und ganzen ist die Nachfrage schon sehr abgeklaut. Ende März 1930 war die Zahl der arbeitssuchenden Facharbeiter noch um 2600 unter dem Stand des Vorjahres, während sie jetzt Mitte April schon um rund 2800 über dem Stand des Vorjahres liegt. Die Zahl der bei den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenunterstützung beschäftigten 4600 Notstandsarbeiter konnte nicht vermehrt werden. Die schon mehrfach geäußerten Forderungen über die Weiterentwicklung des Baumarktes können durch den eingetretenen Wettersturz nur noch verstärkt werden.

Die Entwicklung in der Industrie der Steine und Erden zeigt das gleiche Bild wie das Baugewerbe. Die Entlastung war bezirksweise zwar erheblich, sie wurde aber verringert dadurch, daß Betriebe die bisher durchgehalten hatten, nunmehr wegen Absatzmangels für ihre großen Lager zu Betriebs-einsparungen schreiten mußten.

Die Landwirtschaft war auch noch in beachtlichem Maße an der Entlastung beteiligt, zeigte aber offensichtlich das Bestreben, mit einem Mindesteinsatz an Arbeitskräften auszukommen. Die Nachfrage nach Saisonkräften war noch recht ruhig. Junge Menschen dagegen, die sich auf alle landwirtschaftlichen Arbeiten verstehen, waren sehr gesucht. Ziemlich reger war hauptsächlich in den Städten und Kurorten der Bedarf an Gärtnern und Gartenarbeitern. Die Forstwirtschaft nahm vielerorts Einstellungen von Arbeitskräften für Kulturarbeiten vor; da diese Arbeiten aber nur von kurzer Dauer sind, werden die Leute, soweit es nicht Angehörige der Landwirtschaft sind, sehr bald wieder zurückkommen.

Im Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe ist infolge des Saisonbeginns, insbesondere in Baden-Baden, die Zahl der Vermittlungen und Klärung gestiegen. Hier fanden rund 800 männliche und weibliche Kräfte wieder Beschäftigung. Mannheim meldet, daß an männlichem Kochpersonal augenblicklich Überangebot besteht im Gegensatz zum Vorjahr, wo diese Kräfte fehlten. Fast allgemein konnte die Nachfrage nach Hotel-,

Letzte Nachrichten

Fortschritte in der Ostreparationsfrage Die Arbeitsaufnahme der B33.

BRN. Paris, 23. April (Tel.) Dem „Excelsior“ zufolge sollen die in Paris fortgeführten Verhandlungen wegen der Ostreparationen nunmehr einen günstigeren Verlauf nehmen. Das Blatt berichtet, man sei von einer Formel, die Ungarn und die Staaten der Kleinen Entente Genugtuung gebe, nicht mehr allzu weit entfernt, so daß man auf eine baldige Ratifizierung des Youngplanes durch alle interessierten Staaten rechnen könne. Das werde es der Bank für internationalen Zahlungsverkehr ermöglichen, ohne neuen Bezug die Finanzierung des Grundkapitals in die Wege zu leiten.

Deutsche Pilger beim Papst

BRN. Rom, 23. April. (Tel.) Der Papst empfing gestern eine Gruppe von 250 Mitgliedern des Verbandes Neudeutschland, denen sich etwa 20 geistliche Führer der verschiedenen Gruppen angeschlossen hatten. Außerdem befanden sich unter ihnen 50 Musiker, die die Gesänge der Pilger auf ihren Instrumenten begleiteten. Ferner empfing der Papst etwa 300 Vertreter des katholischen Akademikerverbandes, die anlässlich des 1500. Todestages des heiligen Augustinus eine Pilgerfahrt unternommen haben.

Die Spaltung bei den Deutschnationalen Protest gegen Eugeneng

Die deutschnationalen Abgeordneten Graf Westarp, Wallraf, Dr. Gahlbach, Dr. Koch-Düffelberg, Dr. Reichert, Dr. Gamppe, Leopold, Gemeler, Dr. von Dönhof, Schulz-Wechsungen, Lind, Dr. Philipp, Garimann, Domsch, Dr. Kademacher, Freiser von Nidhofen, Schwämer-Riegnitz, Dr. Strathmann, Bachmann, Fromm, Carl, Vogt, Opler und Gerns haben laut „Vorzeitung“ zugleich im Namen noch weiterer Abwesender an den Parteivorstand Dr. Eugeneng eine eingehend begründete Protestschrift gegen die falsche und irreführende Darstellung gerichtet, die die parlamentarischen und fraktionellen Vorgänge der letzten Woche in der Parteipresse und in parteiorganen Verlautbarungen gefunden haben.

Es handelt sich um die 23 deutschnationalen Reichstagsabgeordneten, die sich bei der Abstimmung über das Regierungsprogramm von ihrem Parteiführer getrennt haben. An ihrer Spitze steht Graf Westarp. Die Abgeordneten waren u. a. in der Eugenengpresse als arme Kerle verhöhnt worden, die die Herzen verloren und teilweise auch Angst vor einer Neuwahl gehabt hätten.

Die nächste Sitzung des Reichskabinetts. In Pressenachrichten, nach denen die nächste Sitzung des Reichskabinetts am Montag nächster Woche stattfinden soll, hören wir von unrichtiger Seite, es sei selbstverständlich damit zu rechnen, daß Anfang nächster Woche, nachdem alle Reichsminister wieder in Berlin eingetroffen sein werden, eine Kabinettsitzung stattfinden werde. Der genaue Termin sei jedoch noch nicht festgesetzt.

Restaurations- und Weißschinnen und auch Küchenmädchen nicht bedrängt werden. Saisonmäßige Belegung erfährt auch das Friseurgewerbe.

Relativ hoch war noch die Belegung des Verkehrsgewerbes; hier war es vor allem der Umstand, daß die Bahnmehreierien das entlassene Bahnunterhaltungspersonal zurückrief und Zeitarbeiter einstellte. Im Mannheimer Hafen aber ist die Arbeitslosigkeit sowohl unter den Schiffern als unter den Hafendarbeitern angestiegen.

Die saisonmäßige Entlastung, welche der von der Konjunktur abhängige gewerbliche und industrielle Arbeitsmarkt erfährt, war im ganzen gering. In der Metallindustrie fiel sie kaum ins Gewicht; die Lage hat sich hier in der Berücksichtigung nicht gebessert. Es wurden teilweise ziemlich erhebliche Entlassungen durchgeführt, an denen vor allem die Automobilindustrie beteiligt ist. Aufnahmefähig in erwähnenswertem Umfang war lediglich der landwirtschaftliche Maschinenbau, und zwar der Dreschmaschinen- und Strohpressebau. In allen übrigen Industriezweigen war die Lage sehr gedrückt.

Im Spinnstoffgewerbe ist teilweise eine saisonmäßige Belegung eingetreten. Im ganzen war die Lage sehr unheimlich; Kurzarbeit, Lohndruck und Überzeitarbeit kamen in der gleichen Weise vor.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hat sich die Entlastung in den Eigenwerkbetrieben fortgesetzt. Der Beschäftigungsgrad aller Wirtschaftszweige und Berufsarten läßt aber noch sehr zu wünschen übrig.

Die Lage im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe wurde hauptsächlich durch den sinkenden Beschäftigungsgrad der Tabakindustrie und durch die berufliche Arbeitslosigkeit in der Lederindustrie ungünstig beeinflusst.

Die Belegung, welche die Maßschneiderei und Konfektion erfahren hat, war so stark, daß an manchen Plätzen die Nachfrage nach tüchtigen Kräften kaum gedeckt werden konnte. Die Vermittlungstätigkeit war außerdem durch eine größer, aber bereits beendigte Streikbewegung gehemmt. Im übrigen Bekleidungsindustrie war die Entwicklung nicht so günstig. Im Schuhmachergewerbe war sie kaum gebessert, in der Schuhindustrie neigte die Lage zu weiterer Verschlechterung.

In den übrigen Gewerbegruppen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Moderne Ausgestaltung der Wandererfürsorge

Von Dr. Friedrich Bandmann

Die Fürsorge für durchreisende Wanderer war stets ein wichtiger Zweig des kommunalen Wohlfahrtswesens. Die Zahl der Wanderarmen und der wandernden Handwerkerfamilien schwankt je nach der Lage des Arbeitsmarktes sehr beträchtlich. Eine organisierte Arbeitsvermittlung im Verein mit einer wirksamen Arbeitslosenfürsorge kann die Zahl der auf den Landstraßen herumtrottelnden arbeitssuchenden Wanderer zwar wesentlich vermindern. Aber ein sehr erheblicher Rest von Wanderarmen wird auch in den Zeiten glücklicher Konjunktur übrigbleiben, deren Arbeitsfähigkeit und Arbeitswillen sehr beträchtlich herabgesetzt ist. Die unregelmäßige Unterfütterung solcher Fürsorgebedürftiger durch die einzelnen Gemeinden oder durch die von den Gemeinden unterhaltenen Wohlfahrtsanstalten führt natürlich nicht zu einer Verminderung, sondern eher zu einer Vermehrung der Zuwanderer.

Man hat schon kurz vor dem Weltkrieg auch in Deutschland grundsätzlich den Entschluß gefaßt, die Unterfütterung der Wanderarmen durch eine geregelte Arbeitsbeschaffung, verbunden mit einem möglichst milden Arbeitszwang, zu ersetzen. Man wollte zu diesem Zwecke ganz Deutschland mit einem Netz von Wanderarbeitsstätten überziehen, in denen jeder arbeitsfähige Durchreisende für einige Tage Beschäftigung gegen Arbeitsleistung erhalten kann. Aber auch diese vorübergehende Fürsorge war nicht geeignet, die Landstraßen zu entvölkern. Man schätzte die Zahl der wandernden Fürsorgebedürftigen trotz der reichsweit organisierten Arbeitslosenunterstützung und der allgemeinen Wohlfahrtspflege der Gemeinden auch gegenwärtig noch auf mindestens 50 000. Besser als die Wanderarbeitsstätten haben sich die nach den Vorschlägen des Pastors von Bobelschwing in Bielefeld errichteten Wanderarbeitsheime bewährt. Aber nach der bisherigen Lage der Beschäftigung kann niemand verpflichtet werden, in ein solches Arbeitsheim zu kommen. Der Eintritt ist ebenso freiwillig wie der Austritt, und wenn man durch ausreichende Ernährung, hygienische Einrichtungen, geistige Unterhaltung usw. den Wanderarmen den Aufenthalt in den Heimen auch noch so angenehm zu machen bemüht ist, so wird es doch immer Wanderarme genug geben, die das freie Leben auf der Landstraße dem geregelt in den Heimen vorziehen.

Trotzdem ist die fürsorgliche Bedeutung der Wanderarbeitsheime nicht zu unterschätzen. Ihre Wirksamkeit besteht nicht allein darin, die bettelnden Wanderer für eine Zeit von etwa drei Monaten mit Nahrung, Kleidung usw. zu versehen und ihnen für die Dauer dieser Zeit ein verhältnismäßig sorgenloses, ruhiges Dasein zu schaffen, sondern mindestens ebenso wichtig ist die Erziehung zur Arbeit, die in diesen Heimen in viel individuellerer Weise geleistet werden kann als durch irgendein Arbeitsamt oder einen Arbeitsnachweis. Mit den Arbeitsheimen für Wanderer sind daher in der Regel landwirtschaftliche Arbeiterkolonien verbunden. In Gruppen von 200 bis 300 Köpfen wird irgendeine landwirtschaftliche Tätigkeit dauernd gemeinsam ausgeübt. Kultivierung von Böden, Aufforstung größerer Landflächen, Bodenbearbeitung jeder Art sind z. B. geeignete Aufgaben für eine solche Arbeiterkolonie.

Obwohl durch eine derartige Betätigung die Arbeitskraft fast aller Wandererfürsorgebedürftigen irgendwie verwertet werden könnte — sei es auch nur bei leichten Arbeiten, wie sie z. B. der Anbau von Obst und Gemüse bietet —, so ist es natürlich immer nur eine beschränkte Anzahl von Wanderarmen, die durch die Arbeitsheime wieder einem geregelten Arbeitsleben zugeführt werden. Aber mit den Wanderheimen sind eigene Arbeitsnachweise verbunden, die es sich zur Aufgabe machen, denjenigen Teil der Wanderer, die durch die Tätigkeit in den Arbeitsheimen wieder zu geregelter Arbeit erzogen worden ist, wieder an geeigneten Arbeitsplätzen unterzubringen. In Zeiten großer Arbeitslosigkeit wie den heutigen ist das allerdings außerordentlich schwer. Die Fürsorge für die Wanderarbeit bedarf daher künftig in zwei Punkten noch dringend einer Ergänzung. Einerseits muß neben den Wanderarbeitsstätten für diejenigen Wanderarmen, die in den Heimen wieder so weit gebracht worden sind, daß sie als arbeitsfähig und arbeitswillig angesehen werden können, ausreichende Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Das Problem ist deswegen nicht leicht lösbar, weil man ja die Wandererfürsorgebedürftigen nicht vor den sechsten Erwerblosen in bezug auf die Arbeitsvergebung bevorzugen darf. Trotzdem muß in irgendeiner Weise die Allgemeinheit, d. h. die öffentliche Verwaltung, in solchen Fällen für eine irgendwie geartete Beschäftigung Sorge tragen, denn aller Er-

folg der Arbeitsanstalten wird natürlich in kürzester Zeit zerstört, wenn die Entlassenen nicht einer dauernden **regelmäßigen Tätigkeit** wieder zugeführt werden können, und darum sehr schnell auf neue der Landstraße verfallen.

Eine andere, fast ebenso wichtige Aufgabe ist die Fürsorge für denjenigen Teil der Wanderer, die infolge fortgeschrittener körperlicher, geistiger oder moralischer **Verwahrlosung** überhaupt nicht mehr zu einer geregelten Tätigkeit erzogen werden können. Es ist natürlich ganz zwecklos, diese asozialen Elemente nach kurzem Aufenthalt in den Wanderarbeitsstätten oder Arbeiterkolonien wieder auf die Landstraße zurückzulassen, um sie nach einiger Zeit aufs neue irgendwo aufnehmen zu müssen, während sie in der Zwischenzeit von irgendwelchen kommunalen oder privaten Fürsorgeeinrichtungen oder Wohlfahrtsorganisationen vorübergehend unterstützt werden. Hier kann nur ein **Reichsbewahrungsgesetz** durchgreifende Abhilfe schaffen, das alle unrettbar Verwahrlosten auch gegen ihren Willen öffentlichen Arbeitsanstalten oder Fürsorgeanstalten zu dauerndem Aufenthalt überweist.

Die kommunalen Fürsorgeverbände, die bisher mit der auf der Grundlage des sogenannten **Stiefelbader Systems** aufgebauten Wanderfürsorge gute Erfahrungen gemacht haben, streben jetzt vor allem dahin, die bisherige, noch immer ziemlich unregelmäßige Wanderfürsorge durch eine **systematische Unterbringung** der sämtlichen Landstraßenbewohner zu ergänzen, und zwar mit dem fest ins Auge gefassten Ziel, die Landstraßen von Wanderfürsorgebedürftigen möglichst vollkommen freizumachen.

Leipziger Nachklänge

Interpellationen im Sächsischen Landtag

Für die Ermittlung der Täter, die die beiden Polizeibeamten im Verlaufe der Kundgebung der kommunistischen Jugend in Leipzig geißelt haben, haben die Staatsanwaltschaft und das Polizeipräsidium von Leipzig die Belohnungen von je 500 M., zusammen also 1000 M., ausgesetzt. Bei einem der Verhafteten wurde der Säbel des getöteten Polizeihauptmanns gefunden. In Leipzig sind bis auf weiteres alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten.

Zu den Vorkommnissen teilt das **Polizeipräsidium** u. a. mit: Der Vorwurf, es habe während des kommunistischen Jugendtages zu wenig Polizei aufgebildet und nicht scharf genug zugegriffen, sei durchaus unbegründet. Das Polizeipräsidium habe sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Bereitschaften aufgebildet und zum Einsatz bereitgestellt. Ferner hätte das Ministerium des Innern auf Ersuchen des Leipziger Polizeipräsidiums noch in zwei auswärtigen Standorten, nämlich Chemnitz und Wida, für Leipzig Kräfte bereitgehalten. Nach einmütiger Auffassung der leitenden Offiziere der Schupo hätten diese Kräfte vollkommen genügt. Es sei den Offizieren nicht einmal nötig erschienen, die auswärtigen Verstärkungen anzufordern.

Inzwischen hat General a. D. **Kallen**, der deutschnationale Landtagsabgeordnete für Leipzig, im Sächsischen Landtag wegen der Vorfälle am Ostermontag interpelliert und in einer kleinen Anfrage die **Abberufung** des sozialdemokratischen Leipziger Polizeipräsidenten **Fleischer** gefordert. Die Anordnungen Fleischer seien vollkommen unzulänglich und der Schutz für die Einwohnerschaft wie auch die Sicherheit der Polizeibeamten im Straßenverkehr nicht genügend gewährleistet gewesen. Im Stadtverordnetenkollegium hat ferner der deutschnationale Wörner gleichfalls die Entsetzung Fleischer gefordert. Auch der volksparteiliche Abgeordnete **Winkler** (Leipzig) hat eine Anfrage im Sächsischen Landtag an die Regierung gerichtet, in der die Regierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um eine Wiederholung solcher Vorkommnisse, durch die die Sicherheit und das Leben der Einwohnerschaft, vor allem aber auch der dienleistenden Polizeibeamten, in Gefahr komme, unter allen Umständen zu unterbinden.

In **Dessau** ist der Jungkommunist **Gerhard Weiskner** verhaftet worden, weil er im dringenden Verdacht steht, an den Leipziger Bluttaten beteiligt gewesen zu sein.

Die **Dresdener** Teilnehmer an der Demonstration in Leipzig wurden bei ihrer Rückkunft nach Dresden polizeilich durchsucht. Ein Teil der Kommunisten hatte Dolche bei sich, die ihnen abgenommen wurden. 14 Personen wurden festgenommen. Das gleiche geschah in **München**. Bei einem Festgenommenen wurde ein Dolch und ein blutbestecktes Taschentuch gefunden. Unter den Festgenommenen befanden sich zwei Schüler der 8. Volksschulklasse Münchener Schulen, ferner zwei Fortbildungsschüler, sowie vier weitere Jugendliche.

Schulpreis 1930 des Deutschen Schöffelbundes

Mit dem jährlich wiederkehrenden Schulpreis, den der **Deutsche Schöffelbund e. V., Karlsruhe**, aus seiner Schulpreisstiftung dem Gymnasium in Karlsruhe zugeteilt hat, wurde in diesem Jahre der Abiturient **Walter Stern** ausgezeichnet.

Zur Erläuterung dieser Meldung sei über Zweck und Ziel der Schulpreisstiftung des Deutschen Schöffelbundes folgendes mitgeteilt: Nach Aufgabe eines beim Deutschen Schöffelbund bestehenden und auszubauenden Kapitalfonds werden an Mittelschulen (neunklassige Anstalten mit Abiturprüfung) hervorragende Leistungen eines Abiturienten im Schulfach „Deutsch“ jährlich wiederkehrende Preise zuerkannt. Die Zuteilung solcher alljährlicher Preise bedeutet für die Schulen eine außerordentliche Anregung und Wertbetonung des Deutsch-Unterrichts. Die Preise bestehen aus der lebenslangen Mitgliedschaft beim Deutschen Schöffelbund, wodurch den Preisträgern der dauernde kostenlose Bezug der jährlichen Veröffentlichungen des Bundes gesichert ist. Da die Veröffentlichungen des Bundes zukünftig neben dem noch unbekanntem Kulturgeschichtlich wertvollen Nachlass Schöffels selbständige Arbeiten lebender Autoren aufnehmen werden, bieten diese Ausgaben den Preisträgern als literarisch Interessierten und Begabten immer erneute Anregung. Außerdem kann aber der Bund seinen durch die lebenslange Mitgliedschaft dauernd mit ihm verbundenen Preisträgern später, durch honorierte Übernahme reifer Arbeiten in die Mitgliederarbeiten, wiederum Hilfe leisten. Andererseits sollen die Preisträger den Bund auf ihnen bekannt werdende wertvolle Arbeiten Dritter hinweisen, so daß die dauernde gemeinsame Bemühung vieler wahrhaft Interessierten, gestützt auf die Hilfsmittel des Bundes, dazu führen wird, die Schwierigkeiten zu überwinden, die heute der Feststellung und Bekanntgabe echter Leistungen noch unbekannter Autoren vielfach entgegenstehen. Schon konnte zahlreichen Anstalten der verschiedensten Gegenden Deutschlands jeweils auf Grund spezieller Stiftungen der dauernde, jährlich wiederkehrende Preis gewährt

Konstituierung der B.J.Z.

Quesnays Generaldirektor

In Basel ist am Dienstag der Verwaltungsrat der Bank für Internationale Zahlungen zu einer ersten Sitzung zusammengetreten. **Mac Garrah** wurde zum Präsidenten des Verwaltungsrates und der Direktor der Bank von Frankreich, **Quesnays**, zum Generaldirektor gewählt. Der Engländer **Sir Charles Abdis** und der Deutsche **Dr. Melchior** wurden Vizepräsidenten. Die Wahl Quesnays erfolgte gegen die drei deutschen Stimmen.

Deutscherseits wurde durch Reichsbankpräsident **Dr. Luther** eine Erklärung abgegeben, in der gegen die Wahl Quesnays Stellung genommen wurde. Dadurch sei das ganze System der Parität der Bank, d. h. der Parität zwischen Deutschland und Frankreich und der sich daraus ergebenden Zusammenarbeit in gewissem Sinne verletzt worden. Wenn Deutschland den Posten eines Vizepräsidenten angenommen hat, so betrachtet es dies nicht etwa als irgendeine Entschädigung für die Verletzung der Parität, sondern die deutsche Delegation hat die Wahl angenommen, um einem dringenden Wunsch **Mac Garrahs** Rechnung zu tragen. Es wird auch darauf hingewiesen, daß es sich bei den Ämtern der Vizepräsidenten um reine Ehrenämter handelt, da ein Vizepräsident nur im Falle der Abwesenheit **Mac Garrahs** die Verhandlungen zu leiten hätte und auf den Geschäftsgang der Bank keinen größeren Einfluß hat als ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates. Für die Leitung der Geschäfte und die Politik der Bank ist der Verwaltungsratspräsident in erster Linie verantwortlich und hat das Recht, durch alleinige Unterschrift die Bank zu engagieren, in den übrigen Fällen sind doppelte Unterschriften notwendig. Generaldirektor oder präzipier ausgedrückt **General-Manager** ist also der Franzose **Sir Quesnays**.

Ein wichtiger Punkt, der vom Verwaltungsrat noch behandelt wurde, betraf die Frage der weiteren Zuziehung von **Centralbanken zur Aktienzeichnung** außer den sieben Großbanken. Für diese Aktienzeichnung liegen aus verschiedenen Ländern Anmeldungen vor. Es wurde beschlossen, die Niederländische Bank, die Schweizerische Nationalbank und die Schwedische Notenbank zur Zeichnung einzuladen.

Was die Frage der **Emittierung der Aktien** betrifft, so werden Frankreich, Belgien, England und Italien die Aktien zur öffentlichen Zeichnung auflegen, während Deutschland die Aktien für sich behalten wird. Japan und die Vereinigten Staaten werden die Aktien ohne öffentliche Subskription auf ein Syndikat von Banken verteilen. Die Aktienverteilung der Bank wird so erfolgen, daß 16 000 Aktien von der Bank übernommen werden, und daß sich die amerikanische und die japanische Gruppe ebenfalls je 16 000 Aktien zuteilen lassen. Die übrigen Gründungsländer werden ihre 16 000 Aktien dem Publikum zur Zeichnung vorlegen.

Aus Anlaß der ersten Sitzung des Verwaltungsrates der B.J.Z. veranstaltete der Regierungsrat des Kantons **Basel-Stadt** am Dienstagabend ein offizielles Bankett. Sämtlichen Teilnehmern wurde zum Andenken an den Tag der Eröffnungssitzung eine vom Kanton Basel-Stadt gestiftete bronzene Gedenkmedaille überreicht.

Aus den Ländern

Das Thüringer Schulgebiet vor der Einführung

Das thüringische Volksbildungsministerium erläßt eine Verordnung über das in den Thüringer Schulen einzuführende **Gebet**. Das Ministerium hält das tägliche Schulgebet für eine Selbstverständlichkeit in allen Schulklassen, deren Mehrheit einem der christlichen Bekenntnisse angehört. Es widerspreche dem Geist einer demokratischen Verfassung, daß eine Mehrheit von Schülern und Schülerinnen auf die Pflege ihres religiösen Denkens und Empfindens verzichtet solle, nur weil eine Minderheit und der Lehrer sich vom Christentum abgewandt haben.

Mit dem Vorbehalt, daß dem Selbstbestimmungsrecht der Religionsgesellschaften und der Glaubens- und Gewissensfreiheit von Lehrern und Schülern damit in keiner Weise Eintrag geschehe, wird ein Thüringer Schulgebet zur Einführung empfohlen, das zu Beginn und Ende der Wochenarbeit von der Jugend oder den Lehrern zu sprechen ist. Es werden fünf Entwürfe mit veröffentlicht, von denen einer ausgewählt werden soll.

Verstaatlichung der kommunalen Polizei in Thüringen. Wie verlautet, wird die Übernahme der kommunalen Polizei durch den Staat in einer Anzahl thüringischer Städte bereits am 1. Juli erfolgen. Die Verstaatlichung der Polizei ist eine im Rahmen des Ermächtigungsgesetzes von der thüringischen Regierung durchzuführende Maßnahme und muß mit dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes am 30. September erledigt sein.

werden. Mit der Zahl der bedachten Schulen wird die Bedeutung des begonnenen Hilfswerkes wachsen.

Tagung der südbwestdeutschen Kunstvereine

Der Verband deutscher Kunstvereine hielt in Darmstadt eine Tagung ab, bei der die Kunstvereine **Karlsruhe, Bruchsal, Heidelberg, Mannheim, Speyer, Wiesbaden, Stuttgart, Gießen** und Darmstadt vertreten waren. Die Verhandlungen zielten hauptsächlich auf die Heranziehung der Schichten der Bevölkerung ab, die bisher den Bestrebungen der Kunstvereine nur wenig Interesse entgegenbrachten, begründet aus ihrer sozialen Einstellung bzw. der Not der Zeit heraus. Besprochen wurden auch die wirtschaftliche Lage der bildenden Künstler, Versicherungsprobleme und schließlich auch die Frage des unzureichenden Kunsthandels und dessen Bekämpfung. Die Tagung diente im übrigen dem Austausch von Erfahrungen im Bereich der Kunstvereine, die in erster Linie zur Zeit den Künstlern die Möglichkeit der Ausstellung und des Verkaufs bieten und dabei gemeinnützigen Zwecken dienen.

Konradin-Kreuzer-Feier Meßkirch. Die Stadt Meßkirch begeht in diesem Jahre den 150. Geburtstag ihres großen Sohnes, des Dichters Konradin Kreuzer. Zweifellos begegnet diese Feier allgemeinem Interesse, bei der es gilt, den Sohn der badischen Heimat gebührend zu ehren. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange. Bereits ist an die badische und außerbadische Sängerverwelt eine Einladung zur Teilnahme an der Konradin-Kreuzer-Feier ergangen. Geplant sind Festkonzerte und wenn irgend möglich die Aufführung von Opern Konradin Kreuzers. Das Fest soll im Anschluß an den badischen Heimattag (12. Juli) am 20. Juli stattfinden.

Zum Gedächtnis des Astronomen Kepler. Am 15. November d. J. feiert man den 300. Todestag des großen schwäbischen Astronomen **Johannes Kepler**. Aus diesem Anlaß soll ihm auf dem vielbesuchten, durch die Bergbahn leicht erreich-

Der Londoner Vertrag

Die Abmachungen über die Flottenrüstung

Der am Dienstagmittag unterzeichnete Londoner **Fünfmächtevertrag**, dessen Wortlaut soeben veröffentlicht worden ist, besteht aus einer Einleitung und fünf Teilen. Teil 3 wird vorläufig nur von den Vertretern Amerikas, Englands und Japans unterzeichnet werden.

Teil 1 (Art. 1 bis 5) betrifft den Verzicht auf den Erwerb der **Kriegsschiffe** während der Jahre 1931 bis 1936, mit der Sonderbestimmung, daß Frankreich und Italien die Erwerbungen vornehmen dürfen, zu denen sich nach dem Washingtoner Vertrag in den Jahren 1922 und 1929 berechtigt waren.

Teil 2 (Art. 6 bis 13) bezieht sich auf die Regeln der Festsetzung der **Standardwasserverdrängung** und verzeichnet die bereits bekannte **Einschränkung der Tonnage** und der **Ausrüstung von U-Booten** (Göschlengrenze 2000 Tonnen, höchstes Geschützkaliber 13 Zentimeter) mit der Ausnahmebestimmung, daß jede Macht drei U-Boote bis zu 2800 Tonnen mit einem Geschützkaliber von höchstens 15 Zentimeter haben darf. Dieser Teil hat drei Anhänge, von denen der erste die Regeln für den Erwerb, und der zweite die Regeln für die Unbrauchbarmachung von Kriegsschiffen enthält. Der dritte Anhang zählt die Spezialschiffe auf.

Teil 3 (Art. 14 bis 21) enthält die **nur von den drei Mächten Amerikas, England und Japan** zu unterzeichnende Vereinbarung, die sich auf die **Begrenzung der Kreuzer, Zerstörer und U-Boote** bezieht. Dieser an technischen Einzelheiten reiche Teil wird abgeschloffen durch Art. 21 (die sog. Sicherheitsklausel).

Teil 4 (Art. 22) umfaßt die neue völkerrechtliche Regelung der **Behandlung von Rauffahrtsschiffen durch U-Boote** und auch durch andere Kriegsschiffe, und schließt mit den Worten: die hohen vertragsschließenden Teile laden alle anderen Mächte ein, ihre Zustimmung zu den oben angeführten Regeln zum Ausdruck zu bringen.

Teil 5 (Art. 23 bis 26) besagt u. a., daß der Vertrag bis zum 31. Dezember 1936 in Kraft bleiben soll, außer Teil 4, der auf unbegrenzte Zeit gültig bleibt.

Weiter heißt es: Wenn die hohen vertragsschließenden Teile sich nicht auf Grund eines allgemeinen Abkommens über Begrenzung der Seerüstungen, dem sie alle beitreten, anders entscheiden, werden sie im Jahre 1935 eine Konferenz abhalten, um einen neuen Vertrag zu entwerfen, der dem gegenwärtigen Vertrag ersehen und seine Ziele ausführen soll. Art. 25 bestimmt, daß nach Wiederlegung der Ratifikationen die britische Regierung allen außerhalb des Vertrages stehenden Mächten den Teil 4 bekanntzugeben und sie einladen soll, ihre Zustimmung dazu auf unbegrenzte Zeit zu erklären.

Geteilte Auffassungen in Frankreich

Paris, 23. April. (Tel.) Die Urteile der Blätter über die gestern in London unterzeichneten Abkommen sind recht geteilt. Von einigen Blättern wird erklärt, daß der verhängnisvolle Nüftungsverlauf zum Stillstand gebracht worden sei. Die Haltung Amerikas wird als Annäherung an den Geist von Genf und Locarno aufgefaßt. „*Ami du Peuple*“ spricht jedoch von einem **Plasio** für die europäischen Mächte. England und die Vereinigten Staaten könnten jetzt nach Belieben materiell und industriell die europäischen Staaten aushungern. „*Figaro*“ erklärt, die allgemeine Abkühlung beginne mit der Aufrüstung der wohlhabenden und reichsten Nation. Ganz unzufrieden mit dem Verlauf der Dinge ist das Blatt der Radikalen sowie das sozialistische Organ.

Die Abreise der Delegierten aus London

London, 23. April. (Tel.) Die amerikanischen Delegierten zur Flottenkonferenz haben heute vormittag am Bord des Dampfers „*Japan*“ die Rückreise nach den Vereinigten Staaten angetreten. Auch die italienischen Delegierten haben in Begleitung des italienischen Vorkämpfers gestern London verlassen.

Reichstagung des christlich-sozialen Volksdienstes

In **Kassel-Wilhelmshöhe** begann am Dienstag die erste Reichstagung des christlich-sozialen Volksdienstes, der Ende Dezember 1929 aus dem alten christlichen Volksdienst und der christlich-sozialen Reichsvereinigung entstanden ist. In zwei Referaten legten der Schriftleiter des christlichen Volksdienstes, **Simpfendorfer** (Stuttgart), und Professor **Reidt** (Frankfurt a. M.) Thesen, Inhalt und Ziele der Bewegung dar. Der christlich-soziale Volksdienst könnte seine Aufgabe nur erfüllen in voller Unabhängigkeit von allen politischen Gruppen und Richtungen. Es gelte für ihn, dem Aufbau an den überlieferten und lebenden Geistes des Christentums, auf dessen Grundlage jeder abendländische Staat aufgebaut ist, zu neuem und diese wieder zum Einfluß auf die einzelnen Gebiete des öffentlichen und kulturellen Lebens eines Staatswesens zu bringen. Über die Arbeit der Reichstagsgruppe berichtete **D. Mumm**.

haben Sommerberg bei **Widdach** ein würdiges **Denkmal** in Gestalt einer **Kepler-Gedächtnisurne**, verbunden mit **Kepler-Museum** und **Kepler-Wädhelz**, errichtet werden. Ein **Kepler-Verein** soll Träger und Förderer der Warte sein. Auf einen Aufruf, zu dem ein Ehrenauschuß von fast 80 bedeutenden Männern und Frauen (auch des Auslandes), darunter zehn Astronomen, seinen Namen gab, wurde nun am letzten Sonntag im Hotel „*Kost*“ in **Widdach** unter zahlreicher Beteiligung von Freunden und Verehrern des Gelehrten und Forschers dieser **Kepler-Verein** gegründet.

Eine Stiftung der Deutschen Studentenschaft. Die „*Deutsche Studentenschaft*“ hat eine „*Rangemard-Stiftung*“ ins Leben gerufen, die deutschen Studenten das Studium im Ausland ermöglichen soll. In das Präsidium der Stiftung sind u. a. die Reichstagsabgeordneten **Schreiber**, **Emminger**, **Freiberger** von Rheinbaben, **Dr. Kütz**, Vertreter des Studentenwerks und des Verbandes deutscher Hochschulen beigetreten. Bei der Auswahl der Persönlichkeiten hat also die „*Deutsche Studentenschaft*“ Wert darauf gelegt, **Überparteilichkeit** zu wahren.

Der Fortbestand des Frankfurter Chinainstituts gesichert. Der Vorstand des Frankfurter Chinainstituts hat an Stelle des verstorbenen bisherigen Leiters, **Professors Wilhelm**, den Berliner Sinologen, **Professor Wilhelm Schüler**, zum Leiter des Instituts berufen. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat, ebenso wie die chinesische Regierung, der Arbeit des Instituts auch weiterhin weitgehende Unterstützung zugesagt. Die chinesische Regierung hat darüber hinaus die Stiftung einer **Richard-Wilhelm-Professur für Sinologie** am Chinainstitut angeündigt, die sie aus eigenen Mitteln dotieren will.

Jeppe Katzer †. Der dänische Dichter **Jeppe Katzer** ist — wie aus **Kopenhagen** gemeldet wird — im Alter von 63 Jahren an Herzschlag gestorben, als er in seinem Garten mit Gartenarbeiten beschäftigt war. **Katzer**, der größte lebende dänische Lyriker, schrieb seine Gedichte, die Gemeingut des dänischen Volkes sind, zumeist in jütlandischer Mundart.

Auflage auf den württemberg. Justizminister Der Minister leicht verletzt

Von zuständiger Seite wird aus Stuttgart mitgeteilt: Der württembergische Justizminister, Dr. Beyerle, wurde Dienstag nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr in seinem Arbeitszimmer von dem 45 Jahre alten verheirateten Händler Karl Stängler aus Stuttgart, den er wegen eines Gnabengesuches für die in der Strafanstalt befindliche Frau Stängler empfangen hatte, mit einem Stilettemesser angefallen und bei der Abwehr an der linken Hand verletzt. Nach den bisherigen Feststellungen ist die Verletzung glücklicherweise nicht gefährlich. Der Minister wird sich vorläufiglich einige Zeit Schonung auferlegen müssen. Auch der zu Hilfe eilende Ministerialhausinspektor Hägele wurde an der Hand leicht verletzt. Der Täter konnte entkommen.

Die offizielle Befreiungsfeier der Pfalz

Wie nunmehr feststeht, wird die offizielle, von der Regierung der Pfalz veranstaltete Befreiungsfeier in einfacher, ausdrucksvoller, politisch völlig überparteilicher Weise vor sich gehen, und zwar soll diese Hauptbefreiungsfeier sofort nach Aufhebung des Ordnungsrechts in Speyer stattfinden. Die Feier wird nicht nachts abgehalten, sondern am folgenden Vormittag. In der Nacht zum 1. Juli sollen lediglich die Kirchenglocken läuten und Höhenfeuer angezündet werden. Neben der offiziellen Feier sollen die Kirchen und Schulen des Befreiungstages in würdiger Form gedenken und ein Aufruf des Reichspräsidenten Veröffentlichung finden.

Zum Brande der Strafanstalt in Columbus

Nach den letzten Feststellungen sind bei dem Brande des Justizhauses in Columbus (Ohio) 317 Personen ums Leben gekommen. Auch Sträflinge rüsteten sich mit Seilen, Äxten und Hämmern aus und beteiligten sich heldenmütig an dem Rettungswerk inmitten des Flammenmeeres. Eine der grauenerregendsten Einzelheiten bei dem Brande war die, wie eine Gruppe von 60 Strafgefangenen des oberen Stockwerkes scheinbar in den Flammen ankam, während die Wärter verzweifelte Befreiungsversuche machten.

Unter den Toten der Brandkatastrophe befinden sich mehr als zwanzig Kinder, die zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt worden waren. Beinahe alle 317 Opfer hatten lange Freiheitsstrafen zu verbüßen, größtenteils wegen Raubes oder Einbruchs. Die Strafanstalt war genau vor hundert Jahren erbaut worden.

Die „Europa“ hat für die Überfahrt nach New York vier Tage, 19 Stunden, 57 Minuten gebraucht. Es war grobe See, Nebel und unsicheres Wetter.

In Münchhausen (Obersalz) entdedten mehrere Knaben auf einer Wiese ein deutsches 77 Zentimeter großes Geschoss, das sie in eine zementierte Grube warfen. Es erfolgte eine Explosion und eine bläuliche Giftgaswolke. Zwei Knaben atmeten das Giftgas ein und starben. Ein dritter Knabe liegt in besorgniserregendem Zustand im Krankenhaus.

Bei dem Brande eines Bauernhofes in Jämtland in Schweden kam die Besitzerin, die 101 Jahre alte Frau Maria Persson, in den Flammen um. Ihre 80jährige Tochter konnte sich retten. Die Verunglückte war die älteste Frau Schwedens.

Im Verlaufe der Militärfliegermanöver in Kalifornien vollführte ein mit 8000 Kilogramm und vier Personen beladetes ferngesteuertes Flugzeug während zwanzig Minuten Flüge über der Stadt Fresno. Dasselbe Flugzeug flog mit 180 Kilometer Stundengeschwindigkeit mit Fernsteuerung nach Sacramento zurück.

Badischer Teil

Die Wahlbeteiligung bei der badischen Landtagswahl im Jahr 1929

§ 8. Das Badische Statistische Landesamt hat in den letzten Tagen die Ergebnisse der badischen Landtagswahl vom 27. Oktober v. J. in einem umfangreichen Druckheft (115 Seiten mit 2 Karten und ausführlichem Register) veröffentlicht. Besondere Beachtung verdient der Abschnitt über die Wahlbeteiligung. Von den 1 1/2 Millionen (genau 1 538 600) Stimmberechtigten sind 944 241 Personen, d. h. 83,4 v. H. aller Stimmberechtigten, zur Wahlurne geschritten. Gegenüber der Landtagswahl im Jahr 1925 hat die Zahl der Abstimmenden um nahezu 165 000 zugenommen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Zunahme in erster Linie mit der Wahlrechtsreform des Jahres 1927 (Verkleinerung der Wahlkreise, Wegfall gebundener Listen usw.) in Verbindung bringt. Vergleichsweise sei angeführt, daß die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl im Jahre 1921 rund 69, bei der Wahl zur badischen Nationalversammlung im Jahr 1919 sogar 88,1 v. H. betragen hat.

Innerhalb der einzelnen Amtsbezirke und Landesteile war die Wahlbeteiligung im vorigen Jahr überaus verschieden. Über dem Landesdurchschnitt (83,4 v. H.) stehen 20, unter dem Landesdurchschnitt 19 Bezirke. Die Wahlbeteiligung im Amtsbezirk Karlsruhe entspricht gerade dem Landesdurchschnitt. Die Höchstzahl der Wahlbeteiligung entfällt auf den Amtsbezirk Tauberbischofsheim mit 74,6 v. H., dann folgen die Amtsbezirke Buchen mit 73,6, Wiesloch mit 72,9, Adelsheim mit 70,9 v. H. Eine Wahlbeteiligung von über 69 v. H. haben die beiden Bezirke Mersbach und Heidelberg. Es sind also hauptsächlich die im Nordosten unseres Landes gelegenen Landesteile mit ländlicher und vorwiegend katholischer Bevölkerung, die sich bei der letzten Landtagswahl durch besonderen Wahleifer hervorgetan haben. In den Bezirken Müllheim, Lössach und Kehl hat es noch nicht einmal die Hälfte der Stimmberechtigten über sich gebracht, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Im Amtsbezirk Müllheim sind nur zwei Fünftel der Stimmberechtigten, in Lössach und Kehl je 48,7 v. H. zur Wahlurne geschritten. Eine geringe Wahlbeteiligung hatten auch die Bezirke Oberkirch (58,7 v. H.), Bühl (54,2 v. H.) und Neustadt (55,6 v. H.).

Geht man auf die Wahlbeteiligung in den einzelnen Gemeinden ein, so ergibt sich, daß in 1077 Gemeinden über die Hälfte aller Stimmberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hat, in den übrigen (449) Gemeinden bleibt die Wahlbeteiligung unter 50 v. H. In 288 Gemeinden des Landes sind drei Viertel und mehr aller Stimmberechtigten zur Wahlurne gegangen; diese Gemeinden verteilen sich auf sämtliche Amtsbezirke mit Ausnahme von Lössach, Müllheim und Kehl. In den Amtsbezirken Weinheim und Oberkirch weist nur je eine Gemeinde eine Wahlbeteiligung von über 75 v. H. auf.

Auf den Amtsbezirk Adelsheim entfallen 17, auf Buchen 25, auf Tauberbischofsheim 34 Gemeinden mit einer Wahlbeteiligung von 75 und mehr v. H. Eine Wahlbeteiligung von über 90 v. H. ist in 32 Gemeinden des Landes festgestellt worden, davon liegen 10 im Amtsbezirk Tauberbischofsheim, 7 im Amtsbezirk Buchen und 5 im Amtsbezirk Adelsheim. Es handelt sich dabei durchweg um ausschließlich oder vorwiegend katholische Gemeinden; der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung der Gemeinden schwankt zwischen 95 bis 100 v. H. Die Höchstbeteiligung von Stimmberechtigten (97,5 v. H.) ist in Giffenheim (Amtsbezirk Tauberbischofsheim) zu verzeichnen. In 16 Gemeinden bleibt der Anteil der Abstimmenden an der Gesamtzahl der Stimmberechtigten unter 25 v. H. Die geringste Wahlbeteiligung ist in den Gemeinden Brombach bei Heidelberg (14,1 v. H.), Dattlingen bei Müllheim (15,7), Grafenhausen bei Lössach (17,2), Marlen bei Offenburg sowie Stollhofen bei Bühl (je 17,4) festgestellt worden.

Verhältnismäßig gut hinsichtlich ihrer Wahlbeteiligung haben die Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern abgeschnitten. An erster Stelle stehen die Städte Bruchsal mit 71,7 v. H. und Singen mit 71,5 v. H.; es folgen die Städte Weinheim mit 70,6 v. H. und Durlach mit 70,5 v. H. Karlsruhe und Mannheim haben je eine Wahlbeteiligung von etwas über 61 v. H. An letzter Stelle waren die Städte Lössach mit 55,4 v. H. und Baden-Baden mit 58,5 v. H. zu erwähnen.

Gas oder Elektrizität?

Es wird uns geschrieben:

Diese Frage ist, soweit Licht und Kraft in Betracht kommen, zugunsten der Elektrizität entschieden; sie kann bezüglich des Kochens nicht zur Ruhe kommen. Indes, sie scheint sich auch hier zu klären.

Selbst Gasverträter geben heute zu, daß das Kostenverhältnis zwischen Gas und Elektrizität, bezogen auf Kubimeter bzw. Kilowattstunden, sich wie 1 : 3 stellt. Die Kilowattstunde darf jedoch ein Drittel so viel wie der Kubimeter Gas kosten, wenn das elektrische Kochen rein rechnerisch nicht teurer als das Kochen mit Gas kommen soll. Da nun Gaspreise für Kochzwecke zwischen 12 und 20 Pf. für den Kubimeter in den verschiedenen Orten vorhanden sind, so ergibt sich, daß sich die Frage allgemein überhaupt nicht beantworten läßt. Wo in Städten das Gas billig ist, wird ihm die Hauswirtschaft weitaus vorzuziehen. Wo das Gas dagegen, wie in Landgemeinden, heute schon 24 bis 29 Pf. kostet oder teurer wäre, hat die elektrische Küche ihren Platz; sie ist, auch wenn von ihrer größeren Bequemlichkeit und Reinlichkeit abgesehen wird, der Gasfläche überlegen. Diese Überlegenheit wird sich mit der sicher zu erwartenden Verbesserung des verhältnismäßig noch jungen Elektroherdes noch erhöhen.

Die vorstehende Betrachtung ist indessen noch nicht vollständig. Bei Beantwortung der Frage, ob in einer Landgemeinde mit vorhandenem Elektrizitätsnetz Gas eingeführt werden soll, sind nämlich noch andere Faktoren zu berücksichtigen. Der jetzt endgültig geklärt Fall Gernsbach zeigt dies eindrucksvoll. Dagegen sollte ursprünglich Ferngas eingeführt werden; Gernsbach hat sich aber dann zusammen mit dem Badenwerk zur Verhärkung des elektrischen Ortsnetzes entschlossen.

Es hatten sich rund 400 Familien als an der Einführung von Kochgas interessiert angemeldet. Für die Anfangszeit wird jedoch höchstens mit 200 Anschlüssen gerechnet werden können.

Der gesamte Kapitalaufwand für die Anstellung von 400 Gasherden in Gernsbach würde für Gasrohre nebst Zuleitung, Gassan-schlüssen und Gasmeter rund 192 000,— RM, für die Kochherde je durchschnittlich zirka 130 Reichsmark = 52 000,— „ „ für Installation in den einzelnen Anwesen je 60 RM = 24 000,— „ „

somit für den Kochherd 268 000,— RM; betragen haben. 670,— „ „

Für den Betrieb von 400 Herden mit Elektrizität ist eine Verstärkung des Ortsnetzes notwendig mit 19 000,— RM, für elektrische Herde sind erforderlich: je 260 Reichsmark = 104 000,— „ „ für Installation in den einzelnen Häusern sind aufzuwenden: je 70 RM = 28 000,— „ „

somit gesamter Kapitalaufwand 151 000,— RM, bzw. für den elektrischen Kochherd 377,50 „ „

Der Mehrkapitalaufwand hätte bei Einführung von Ferngas daher 117 000,— RM, bzw. für den Gasherd 292,50 „ „ betragen.

Für Gas hätte 1,8mal soviel als für Elektrizität aufgewendet werden müssen!

Dabei lag der Fall Gernsbach für die Gasfläche noch verhältnismäßig günstig, weil das Gasrohrnetz nur zirka 2 Kilometer von der Stadt entfernt ist.

Was lehrt dieser Fall? Daß gedankenlose Propaganda zur Förderung der Anschlussbewegung und der Energieabgabe ganz allgemein zu wirtschaftlich falschen Maßnahmen führt. Es würden bei Einführung von Gas für jede der angemeldeten 400 Haushaltungen einmal rd. 300 RM zu viel ausgegeben worden sein, was einer jährlichen Mehrbelastung von mindestens 30 RM für die Haushaltung gleichkommen müßte.

Die Feststellung zeigt, daß die Paralleleinführung von Gas und Elektrizität in Landgemeinden zu einer Kapitalverschwendung führt, die letzten Endes die Allgemeinheit zu tragen hat. Der Strompreis hätte in Gernsbach erheblich mehr wie 9 bis 10 Pf. je Kilowattstunde kosten dürfen, ohne daß für das elektrische Kochen alles in allem mehr als für die Gasfläche ausgegeben worden wäre.

Tagungen

Die Mitgliederversammlung des Badischen Bauernvereins in Freiburg i. Br., der mehr als 800 örtliche Bauernvereine umfaßt, findet in diesem Jahre am 18. Mai in Adelszell statt. Außer den üblichen Referaten steht auf der Tagesordnung ein Vortrag über wirtschaftspolitische Tagesfragen von Reichsminister a. D. Dr. Ermer (Berlin), Präsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine und des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen e. V.

Tagung der badischen Lehrer. In Bad Kreuznach wurde eine Vertreterversammlung des Badischen Lehrervereins abgehalten, auf der mehrere Referate gehalten wurden. Zum Schriftleiter der „Badischen Schulzeitung“ wurde Hauptlehrer Gehl (Karlsruhe) bestimmt. Als Vereinsaufgabe für das neue Vereinsjahr wurde das Thema „Lehrplanreform“ gestellt.

Der Badische Grundbesitzerverband hält seine Hauptversammlung am 8. Mai, vormittags, im Hotel Germania in Karlsruhe ab.

Aus der Landeshauptstadt

Feuerschutzwoche auch in Karlsruhe

In allen Gauen Deutschlands rührt es sich, um in der Zeit vom 27. April bis zum 4. Mai die sogenannte Feuerschutzwoche zu begehen.

Es braucht nicht immer wiederholt zu werden, daß leider Gottes das schöne Vaterland an erster Stelle im Deutschen Reich marschiert bezüglich der Zahl an Feuern, insbesondere auf dem Landgebiete und vor allem auch der Schadenssummen, die aus diesen Feuern dem Staat und den Feuerversicherungsanstalten erwachsen. In der Feuerschutzwoche soll nun auf alle Art und Weise, allen Menschen, Groß und Klein, die Gefahr des Feuers, die geringfügigen Ursachen seiner Entzündung, seine Verhütung und letzten Endes vor allem die Mittel seiner Bekämpfung vor Augen geführt werden.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse, gerade in unserem Grenzlande, gestatten weder dem Staat noch der Privatindustrie heute finanzielle Opfer für diese an sich lebenswerte Aufklärungspropaganda aufzuwenden. Es wird jedoch die Gelegenheit wahrgenommen, um der Karlsruher Bürgerschaft „ihre Feuerwehr“ zu zeigen und ihr gründlich Einbild zu gewähren in die schöne Sache, welche die Stadt ihr als Heim angewiesen hat. Sie soll alles sehen, was im Laufe der letzten 1 1/2 Jahre neu geschaffen und organisiert wurde. Es kann ruhig zugestanden werden, daß die kleine Berufsfeuerwehr und die ihr angegliederten freiwilligen Feuerwehren, sich sehen lassen können. Die Ausbildung der Mannschaften, die Fahrzeuge nebst der Anzahl von Geräten, die sie enthalten, stehen auf gleicher Stufe wie die ältesten Berufsfeuerwehren im Reich.

Es ergeht daher an alle die, die Interesse an der Feuerwehr haben, die höflich Einladungen, sich an den Wochentagen, abends um 5 Uhr und Sonntags vormittags um 9 Uhr an der Hauptfeuerwache Ritterstraße einzufinden, um alles zu sehen und zu erleben, was eine Feuerwehr zeigen und durchführen kann. Folgende Wochentage und Sonntage sind für Besichtigung vorgesehen: 29. April, 1. und 3. Mai, von den Sonntagen der 27. April und der 4. Mai.

Am 4. Mai wird in den Vormittagsstunden die Karlsruher Feuerwehrtabelle vor der Hauptfeuerwache langzitiert.

Die Rheinfahrt des „Graf Zeppelin“. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ machte, wie gemeldet, am Dienstag eine erfolgreiche Fahrt nach Bonn, wo das Luftschiff um 13.25 Uhr unter dem Jubel der Bevölkerung landete. Vorher waren Saarbrücken und auch Luxemburg überflogen worden. Am 19.45 Uhr war der Zeppelin wieder glatt in Friedrichshafen gelandet. Das Luftschiff erschien auf der Rückfahrt gegen 1/6 Uhr nachmittags zum zweitenmal über der badischen Landeshauptstadt, die es abermals in mäßiger Höhe bei prachtvoller Sicht überflog mit der Richtung nach Südosten.

50jähriges Berufsjubiläum. Am geitrigen Tage konnte Herr Karl Niefer, der schon seit Jahren als Faktor und Korrektor bei der Badenia W. G. (Verlag des „Badischen Beobachters“) tätig ist, auf das seltene Jubiläum seiner 50jährigen Berufstätigkeit zurückblicken.

Neue Wege zur Feuerbekämpfung. Vor einigen Tagen fand auf dem Gelände des Schmierdepot die Prüfung eines neuen Kohlenäurelöschverfahrens durch die städtische Branddirektion statt. Die Kohlenäure ist als vorzügliches Löschmittel für Brände, namentlich für Schiffsbrände, schon seit längerem Jahren bekannt. Das Verfahren, das gestern an mehreren der gefährlichsten in der Praxis vorkommenden Brandobjekte geprüft wurde, besteht darin, daß flüssige wasserfreie Kohlenäure, in 30 Liter Gewicht in Stahlflaschen auf 190 Atmosphären Druck zusammengedrückt, durch eine besonders patentamtlich geschützte Vernebelungsdüse ins Feuer geschleudert wird. Beim ersten Versuch wurde ein großes flaches Becken von zirka 5 Quadratmeter Bodenfläche, auf dem reiner Spirit zur Entzündung gebracht wurde, unter der Einwirkung der stark Wärme entziehenden Kohlenäurenebelbildung gelöst. Ein gleichzeitig entzündeter Ölbehälter eines Öltransformators, der mit Öl gefüllt war und bereits längere Minuten brannte, wodurch das Öl ins Kochen geraten war, die eiserne Wände selbst glühend heiß geworden waren, wurde in der erstaunlich kurzen Zeit von 10 Sekunden gelöst. Bei einem Behälter von 2 Meter Länge, 1 Meter Breite und 1 Meter Höhe, der mit Benzin-Benzol-Mischung gefüllt und entzündet war, wurde innerhalb von 22 Sekunden die ungeheure lothenden und gewaltige Hitze ausströmenden Flammen gelöst. Dieses Lösungsverfahren hat große Vorteile. Die Kohlenäure besitzt keine Leitfähigkeit bei Verwendung zum Löschen von Bränden an elektrischen Maschinen und Anlagen jeder Art. Der erzeugte Gasnebel besitzt große Fließkraft, strömt rasch bis in die kleinsten Ecken und Winkel jedes Brandherdes und löst den Brand auch an schrägen und senkrechten Flächen schlagartig ab. Die Kohlenäure als Löschmittel hat auch feinerlei Beschmutzung oder Verderben der zu löschenden Gegenstände, Mobilien, Warenlager usw. zur Folge, da sie reißlos verdunstet. Infolge des eigenen Druckes kann Kohlenäure von ebener Erde aus bis in die höchsten Stockwerke geleitet werden. Die Konstruktion der Geräte, die heute zur Verwendung gelangen, garantiert ein völlig eisfreies Arbeiten. Unter den zahlreichen erschienenen Vertretern der staatlichen, städtischen Behörden und der Industrie usw. fand der Ausfall der Prüfung allgemeine Anerkennung. Gesteht werden die Geräte von der kleinsten bis zur größten Anlage, wie eine solche in Baden bereits im Großkraftwerk Mannheim ausgeführt ist, von der Firma Walter Kilde G. m. b. H., Hamburg. Die Geräte waren von der Firma gelegentlich der hier in Karlsruhe bei der Berufsfeuerwehr stattfindenden Feuerwehrtabelle als Lehrmittel zur Verfügung gestellt worden.

Auf zum Jahrmart . . . ! Im Donaueschinger Kinder- und Jugendbad fehlt noch Vieles! Vor allem der große Garten, in dem sich im Sommer die Kinder erholen sollen. Der Verein Jugendhilfe braucht also noch Geld! Viel Geld! — Und wie er sich überlegt hat, wie er dieses Geld am nützlichsten und angenehmsten herzaubern kann, kam er zu dem Entschluß, auch dieses Jahr wieder in der Ausstellungshalle den „Jahrmart für Jung und Alt“ zu veranstalten. Natürlich gehören zu Wohltätigkeitsveranstaltungen auch Wohltäter, nämlich die, die alljährlich die Ausstellungshalle füllen! — Auf diese Wohltäter hofft jetzt also der Verein Jugendhilfe. Darum kann die Parole nur lauten in der Zeit vom 26. April bis 4. Mai: Auf zum Jahrmart für Jung und Alt!

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der Keil hohen Druckes, der gestern noch zwischen den beiden Tiefdruckgebieten lag, ist heute nach dem Baltikum gezogen; das Azorentief drängt mit seinem nordöstlichen Teil nach Frankreich und Südbadland sind von seinem Schlechtwettergebiete erfasst, während Deutschland noch heiteres, vielfach wolkenloses Wetter hat. Mit der weiteren Ostwärtsverlagerung der beiden Druckgebilde werden auch wir noch heute von der zyklonalen Strömung erfasst werden, die morgen unsere Witterung bestimmen wird. Der Einbruch warmer Luft dürfte die von dem Rälteeinbruch der Vorwoche stammenden Schneemassen im Gebirge rasch zum Schmelzen bringen. Wetterausichten: Veränderlich und warm, mit streichweisem Regen, zeitweise südwestliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

Schneebruch im Schwarzwald

23. Achern, 22. April. Der nördliche Schwarzwald wurde in den letzten Tagen von einem Schneebruch heimgefuhr, wie man ihn seit 15 Jahren nicht mehr erlebt hat. Man erinnert sich noch des Schneebruchs vom 27. November 1928, der aber bei weitem nicht den Schaden verursachte, wie der heutige. Zehntausende von Festmetern Baumbestand sind gebrochen. Schlamm sieht es in den Hochforstgebieten bei Hundsdorf, Herrenwies und Badener Höhe sowie gegen die Hornsgründe zu aus. Auch im Bereiche der Unterfarn, des Mummelsees, des Wildsees und Nuhesteins, liegen hunderte von Bäumen abgeknickt am Boden. Auf weite Strecken hin waren Wege und Stege versperrt. Durch umstürzende Fichten und Tannen wurden zahlreiche Telefonleitungen abgerissen. Infolgedessen waren die Höhentouristen lange Zeit ohne Verbindung mit der Umwelt. Die verschneiten Straßen machten natürlich auch den Postautoverkehr fast unmöglich. Die Aufräumungsarbeiten werden geraume Zeit beanspruchen, ebenso die Feststellung der Schäden, die man schon jetzt auf mehrere Millionen schätzt. Ein Aufenthalt im Wald war am Donnerstag, Freitag und Samstag direkt lebensgefährlich. Die Autos konnten sich durch den nassen Schnee nur schwer durcharbeiten, und zahlreiche Skiläufer vermochten ihr Ziel infolge der unpassierbaren Straßen und Wege nicht zu erreichen. Ähnliche Meldungen liegen aus dem Enz- und Murgtal vor. Gewaltig ist der Schaden ferner im Forstbezirk Kastenbrunn, der eine große Ausdehnung hat und meist aus jungen oder mittleren Waldungen besteht, wobei die Mottanne vorherrscht.

24. Heidelberg, 22. April. Der am Osterfest durch das Anfahren eines Motorrades schwer verunglückte Verkehrs-schulmann Wittkopf ist am Dienstagmorgen gestorben. Wittkopf kam nicht mehr zum Bewußtsein. Er hatte schwere Rücken- und Kopfverletzungen erlitten. Das Befinden des Motorradfahrers Koyens ist zufriedenstellend. Man hofft, ihn am Leben erhalten zu können.

23. Ketsch (bei Schwebsingen), 23. April. Die Gemeinde Ketsch hat als erste im nordbadischen Spargelbaugebiet gestern Abend ihre Spargelmärkte eröffnet.

24. Bad Rappenau, 22. April. Die Grabstätte des Ehrenbürgers von Bad Rappenau, der Begründer der hiesigen Saline, Rosenritt, wurde vollständig erneuert. Zwei große Bohrer zogen neben dem Grabmal die Ruhestätte des Mannes, dem Rappenau seinen Ruf und sein Emporkommen verdankt.

23. Wiesloch, 22. April. Der in Waldorf wohnhafte 50 Jahre alte Ludwig Freund wurde heute Nacht im Gewann Unterer Wald von dem hiesigen Jagdaufsicher Schildhorn beim Wildern überrascht. Freund stellte sich gegen den Aufseher, dem es jedoch gelang, ihn mit einer Kugel niederzulegen, ehe Freund zum Schießen kam. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

23. Wittenweier (Amt Lahr), 22. April. Zu dem traurigen Vorfall in Wittenweier ist nachzutragen, daß nach dem Ergebnis der Untersuchung Notwehr vorliegt. Der getötete Moll, der mit dem Bruder des Sutter am Samstagabend Streitigkeiten hatte, war dem 17 Jahre alten Mechanikerlehrling Sutter, der auf dem Heimweg nach seiner Lehrstelle in Kappel begriffen war, gefolgt, hatte ihn angegriffen, und dieser machte, als er sich nicht mehr anders zu helfen wußte, vom Messer Gebrauch. Der Täter wurde ins Amtsgefängnis nach Lahr überführt.

23. Lenzkirch, 21. April. Die Löhrensabrik Gebr. Jung-hans AG. Schramberg haben die Gebäude der von ihnen übernommenen Löhrensabrik Lenzkirch AG. in Lenzkirch an die Firma R. Schacherer, Fabrik für Schuh- und Fußbodenpflege-mittel, verkauft, die in den neu gewonnenen Räumlichkeiten — es handelt sich um zwei Fabrikgebäude und ein Wohngebäude — eine erhebliche Vergrößerung ihres Betriebes plant.

23. Freiburg, 17. April. Universitätsprofessor Dr. Philipp Wittkop, der Freiburger Literaturhistoriker, kann heute seinen 50. Geburtstag feiern. Wittkop ist besonders durch seine Sammlung „Kriegsdenkmale gefallener Studenten“ in weiten Kreisen bekannt geworden.

Gemeinderundschau

Aus dem Mannheimer städtischen Voranschlag. Der Vorschlag der Stadt zur Volks- und Fortbildungsschule beträgt 3 791 000 Reichsmark. Die städtischen Schulaufwendungen für die Volksschule allein betragen einschließlich Mietwert der Gebäude 4 694 600 Reichsmark. Trotzdem sich die Schülerzahl der Volksschule beim Schulbeginn um etwa 700 Schullinder erhöhen wird, sollten ihr 76 gelehrt Lehrer entzogen und für den Zuwachs auf dem Lande verwendet werden. Es ist jedoch gelungen, diese Zahl auf die Hälfte zu vermindern.

Kanalisation in Altkirchheim. Der Gemeinderat Altkirchheim beschloß sich u. a. auch mit dem Bau einer Kanalisationsanlage. Die Vorarbeiten sollen so rasch als möglich erledigt werden. Für den noch ungedeckten Aufwand mit etwa 40 000 Reichsmark soll baldmöglichst ein Darlehen beschafft werden. Die Arbeiten sollen bis spätestens Ende Oktober aus Kostensparungsarbeiten in Angriff genommen werden.

Sorgen der Kommunen. Im Bürgerausschuß Bruchsal wurde nach dreitägiger Beratung ein Kredit von 200 000 M bewilligt, behufs Beschäftigung der Wohlfahrtsverwerbslosen. Der Oberbürgermeister wie auch eine von den Demokraten und allen Parteien unterstützte Entschließung wendeten sich gegen die Finanzpolitik von Reich und Land und erhoben Protest gegen die Lastverteilung.

Kommunale Sorgen in Pforzheim. In einer Denkschrift der Pforzheimer Stadtverwaltung wird die Möglichkeit eines tennenswerten Abbaues im Personalbestand verneint.

Die Stadt Karlsruhe tritt aus der Baustoffindustrie aus. Der Stadtrat Karlsruhe hat beschlossen, die im Besitz der Stadt befindlichen Geschäftsanteile an der Karlsruher Baustoffindustrie G. m. b. H. an den von privater Seite hauptbeteiligten Gesellschafter, Fabrikant Jöl in Ittersbach, zu veräußern.

Im Bürgerausschuß Offenburg wurde u. a. die Vorlage über das Wohnungsbauprogramm genehmigt. Dabei wurde festgestellt, daß die Wohnungsnot in Offenburg von etwa 117 Mietern abgesehen, so gut wie behoben ist, daß dagegen eine Mietzinsnot vorhanden sei. Man hofft, mit den genehmigten Bauten nunmehr auch den noch verbleibenden Wohnungsbedarf restlos zu befriedigen. — Eine Vorlage über die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse des Chefarztes der chirurgischen Abteilung des Krankenhauses wurde vom Bürgerausschuß abgelehnt.

Eingabe Offenburgs an das Innenministerium. Die Stadt Offenburg hat an den badischen Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, in der sie darum bittet, daß bei der Ringverlegung die ausgesteuerten Arbeitslosen von Reich und Offenburg beschäftigt werden, ohne daß dafür von der Wohlfahrtspflege täglich ein Aufwandsbeitrag von 3 M zu leisten ist. Es handelt sich um insgesamt 170 Arbeiter.

Elektrische Straßenbeleuchtung in Offenburg. Zur Änderung der Straßenbeleuchtung in Offenburg an Stelle der bisherigen Gasbeleuchtung hat nunmehr die Werkdirektion

auf das Angebot des Elektrizitätswerks Mittelbaden ein endgültiges Gutachten der Stadt, dem eine große Zahl von Bildern und Tabellen beigelegt ist, zugehen lassen. Zur Prüfung dieses Gutachtens wird eine besondere Kommission bestellt.

Der Bürgerausschuß Säckingen genehmigte die Aufnahme verschiedener Darlehen in der Gesamthöhe von 76 500 M zur Schuldentilgung bereits genehmigter Ausgaben. Von der Gesellschaft für Landfabrikation wird Gelände erworben zum Preise von 31 500 M. Zur Abdeckung des Kaufpreises wird ein Darlehen von rund 30 000 M aufgenommen. Weiter wurde genehmigt mit einem Aufwand von 3220 M die Erweiterung der städtischen Wasserleitung und Erstellung einer Entwässerungsanlage. Schließlich wurde noch die Einführung eines Grundgebührentarifs für Abgabe von elektrischer Energie beschlossen.

An den Bezirkswohnungsverband Säckingen waren 197 000 Reichsmark Darlehensgelder an 97 Gemeindefstellen zur Verteilung gekommen. Unter dieser Gesamtsumme befinden sich 70 000 M, die der badische Innenminister dem Bezirk Säckingen zur Verfügung gestellt hat und eine weitere Summe von 60 000 M ist für Neuwohnungen sicherzustellen.

Der Bürgerausschuß Lörrach ist auf den heutigen Mittwoch zu den Voranschlagsberatungen für 1930/31 einberufen worden. Die Umlagesätze sollen in ihrer bisherigen Höhe beibehalten werden, und zwar für je 100 M Steuerwert 96 Reichspfennig für das Grundvermögen, 42 Pf für das Verkehrsvermögen und 630 Pf für den Gemeindeftrag. Weiter sollen die Schatzgebühren erhöht werden und eine Änderung des Wasserzinses vorgenommen werden.

Der Kreisrat Balingen hat zur Verbesserung der Kreisstraße Balingen-Spöckingen 40 000 M bewilligt. Zur verkehrssicheren Ausgestaltung des Weges Schonach-Oberprechtal ist die Absperrung von Felsmassen und die Anlage mehrerer Ausweichplätze erforderlich, wobei der Kreis 20 Proz. der Kosten trägt. Der gleiche Kostenbeitrag wird geleistet zur Verbesserung der Straße, von welcher die Durchführung einer Postkraftwagenlinie Stöngsberg-Schramberg abhängt, hauptsächlich auf Gemartung Buchenberg.

Der Bürgerausschuß Donaueschingen genehmigte mit 37 gegen 24 Stimmen den weiteren Ausbau des Strandbades. Die Vorlage, die eine Aufnahme von 11 300 Reichsmark zur Errichtung von geschlossenen und offenen Ausleeräumen erfordert, wurde dem Zentrum geschlossen abgelehnt, weil das Zentrum ein getrenntes Baden der Geschlechter im öffentlichen Strandbad erreichen wollte.

Die Ruhrgas AG. dehnt sich aus. Die Ruhrgas AG. in Essen verzeichnet trotz der allgemein ungünstigen Wirtschaftslage von Monat zu Monat steigenden Absatz. Seit Dezember vorigen Jahres sind die Gaslieferungen von 47 Millionen Kubikmeter monatlich auf 60 Millionen im März dieses Jahres gestiegen. Eine bedeutende Absatzsteigerung wird der hinter der Ruhrgas AG. stehende Rheinisch-Westfälische Steinkohlenbergbau in etwa zwei Monaten dadurch erfahren, daß die große Hauptleitung nach Hannover, sowie die über Düsseldorf nach Köln in Betrieb genommen wird. Die Leitung nach Hannover ist inzwischen fertiggestellt. Der Anfluß Köln an das Ferngasnetz steht bei seinem letzten Bauabschnitt vor der Vollenbung, so daß mit der Versorgung des Stadtgebietes Köln gleichzeitig mit Hannover begonnen werden kann.

27 Bürgermeistereiandidaten in Schweningen a. R. Der Meldetermin für die Stadtverordnetenwahl in Schweningen ist am Sonntag abgelaufen. In der heutigen öffentlichen Gemeinderatsitzung wurde die Bewerberliste bekanntgegeben. Beworben haben sich 27 Kandidaten, darunter 11 aus Württemberg. Aus Baden meldete sich Dr. Voos, Bürgermeister in Wühlertal.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	23. April		22. April	
	Gold	Preis	Gold	Preis
Amsterdam 100 G.	168.41	168.75	168.50	168.84
Kopenhagen 100 Kr.	112.05	112.27	112.08	112.30
Stallen . . 100 L.	21.935	21.975	21.955	21.995
London . . 1 Pf.	20.349	20.389	20.353	20.393
New York . 1 D.	4.1855	4.1935	4.187	4.195
Paris . . 100 Fr.	16.415	16.455	16.415	16.455
Schwiz . . 100 Fr.	81.12	81.28	81.145	81.305
Wien 100 Schilling	58.975	59.095	58.985	59.105
Prag . . 100 Kr.	12.40	12.42	12.404	12.424

Der Aktienindex vom 14. bis 19. April. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924/26 = 100) stellt sich für die Woche vom 14. bis 19. April 1930 auf 122.8 gegenüber 122.5 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 121.3 (121.1), Gruppe bearbeitende Industrie auf 121.1 (111.6) und Gruppe Handel und Verkehr auf 122.8 (122.4).

Zusolvanz in der Mannheimer Zigarrenindustrie. In einer Gläubigerversammlung der Firma Zigarrenfabrik Wilhelm Beck in Mannheim-Sandhofen, die am 7. April die Zahlungen eingestellt hat, wurde ein Status vorgelegt, wonach die 75 000 M Passiven die Aktiven um rund 48 000 M übersteigen. Die bevorrechtigten Forderungen mit 40 600 M werden also voraussichtlich nicht gedeckt werden können, während die nichtbevorrechtigten ganz ausfallen.

150 Jahre Bayerische Staatsbank. Die Bayerische Staatsbank wird am 10. Juli dieses Jahres den Gedenktage ihres 150jährigen Bestehens begehen können. Die Bayerische Staatsbank ist eine Gründung des Markgrafen Karl Alexander von Ansbach-Bayreuth, der, angeregt durch die Bankgründungen Friedrich des Großen, am 10. Juli 1780 in seiner Residenzstadt Ansbach eine „Cassa“ ins Leben rief. Aus dem stillen Ansbach wurde die Bank 1795 nach Fürth verlegt; dort bekam sie rasche Verbindung mit dem Fürstlichen und Nürnberger Handel und erwarb binnen weniger Jahre so, daß sie neben der Mitwirkung bei der Behebung preußischer Staatsanleihen eine Reihe von Anleihen süddeutscher Fürsten, u. a. auch eine kurhessische Anleihe, übernehmen konnte. Als im Verfolg des Vertrages von Schönbrunn (1805) das ehemalige Fürstentum Ansbach von Preußen an Bayern abgetreten wurde, kam die Bank unter bayerische Herrschaft und nahm die Firma „K. Bayerische Bank“ an. In dem größeren Raum des neugeschaffenen bayerischen Staates hatte die nach Nürnberg verlegte Bank zunächst nur die Bedeutung einer Provinzialbank. Mit dem Jahre 1850 wurde ihr Wirkungsbereich auf das ganze Staatsgebiet ausgedehnt. Nachdem 1875 auch in München und Augsburg Niederlassungen errichtet worden waren, war die Bank an allen wichtigeren Handels- und Industriepunkten Bayerns vertreten. Ungeachtet des einsetzenden Wettbewerbs der Privatbanken konnte sie ihre bereits nach 1850 errungene Stellung als größte Depositen- und Kredit-

bank Bayerns behaupten und befestigen. Eine weitere ungewöhnliche Ausdehnung erfuhr die Geschäftstätigkeit der Bank um die Jahrhundertwende, als sie einen Giroverkehr zwischen den Kasernen der Eisenbahnverwaltung, Postverwaltung und allgemeinen Finanzverwaltung, später auch der übrigen Verwaltungszweige einrichtete. Die Zahl der Niederlassungen war bis 1913 auf 23 vermehrt worden. 1920 wurde der Hauptsitz von Nürnberg nach München verlegt, eine Maßnahme, die insbesondere durch die Ausdehnung des Giroverkehrs mit den Staatskassen zur unabwehrbaren Notwendigkeit geworden war. Nach dem Stand vom 31. Dezember 1929 betrug in Reichsmark der Umsatz 47,9 Milliarden, die Bilanzsumme 402,65 Millionen, das eigene Kapital 32,81 Millionen, die Beschäftigten 79,45 Millionen, die Ausleihungen in laufender Rechnung 233,46 Millionen, der Reingewinn des Jahres 1929 4,6 Millionen.

100 Jahre Leipziger Lebensversicherung — Erhöhung der Versicherungsbeträge

Die Geschäftsentwicklung war im Jahre 1929 trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse sehr erfreulich. Der Neuzugang stieg um fast 20 Proz.; er betrug rund 90 (i. B. 75) Millionen Reichsmark, der gesamte Abgang nur 25 (20) Millionen Reichsmark, der Neuzuwachs also 65 (55) Millionen Reichsmark.

Die Einnahmen an Versicherungsbeiträgen und Kapitalerträgen beliefen sich auf 29 (25) Millionen Reichsmark; der Durchschnittszinssfuß der Vermögensanlagen ist auf über 8 1/2 Proz. (7 1/2 Proz.) gestiegen. In Versicherungsleistungen durch Tod, Ablauf, Renten, wurden fällig 3,9 (4,4) Millionen Reichsmark. Die Verwaltungskosten waren wiederum niedrig und brachten eine Erparnis für die Versicherten von 0,65 (0,6) Millionen Reichsmark. Der Gesamtüberschuß beträgt 6,2 (5,6) Millionen Reichsmark. Die Versicherten erhalten zur Dividendenverteilung über 6 (5,4) Millionen Reichsmark. Den Aktionären soll vergütet werden wie im Vorjahre 16 Proz. der Einzahlung, nämlich 80 000 M, wovon der Betrag durch den Abschluß der Unfallabteilung, die gut abgeschnitten hat, reichlich gedeckt ist, so daß die Lebensversicherten nichts zur Aktionärsdividende beitragen. Die Versicherungsbeträge werden erhöht auf 3 1/2 Proz. Zins- und 6 Promille Summen-dividende. Die Dividende für die aufgewerteten Versicherungen wird 10 Proz. des Deckungskapitals betragen.

Der gesamte Versicherungsbestand einschließlich der aufgewerteten Versicherungen beträgt 624,5 Millionen Reichsmark, die gesamten Aktiva 143 (135) Millionen Reichsmark, obwohl über 14,5 Millionen Reichsmark auf aufgewertete Versicherungen bereits ausbezahlt wurden.

Die ordentliche Generalversammlung findet am Dienstag, dem 29. April 1930, vormittags 11 Uhr, im Verwaltungsgesamtheim statt.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurrücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Planmäßig wieder angestellt:

Ministerialreferent i. R. Friedrich Köpfer als Verwaltungsobersekretär beim Statistischen Landesamt in Karlsruhe.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:

Oberaufseherin Berta Sieber beim polizeilichen Arbeitshaus Kislau.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Studientat Dipl.-Ing. Otto Kaiser an der Gewerbeschule III in Mannheim zum Direktor an der Gewerbeschule in Überlingen.

Berufen in gleicher Eigenschaft:

Gewerbelehrer Ferdinand Sieber an der Gewerbeschule in Schönau i. B., Amt Schopfheim, an jene nach Haslach i. R., Amt Wolfach; Gewerbelehrer Adolf Weiser an der Gewerbeschule in Haslach i. R., Amt Wolfach, an jene nach Schönau i. B., Amt Schopfheim; Zeichenlehrer Franz Gärtner am Realgymnasium in Weinheim an das Realgymnasium nach Freiburg i. Br.

Zurrückgesetzt auf Ansuchen wegen leibender Gesundheit:

Professor Dr. Karl Wüttele an der Mädchenschule mit M. H. G. und M. O. H. S. in Freiburg i. Br.; Hauptlehrer Oskar Konrad in Wittelbach, Amt Lahr, bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.

Gestorben:

Hauptlehrer Leopold Fräule in Reifelfingen, Amt Donaueschingen, am 5. April 1930.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres

(Mit besonderer Berücksichtigung des Wehretreffes V.)

Mit dem 31. März 1930 sind ausgeschieden:

Oberstleutnant von Römer, Reiter-Regiment 11; Hauptmann Anstette, Infanterie-Regiment 14; Oberleutnant Pöschel, Reiter-Regiment 18.

Mit dem 1. April wird berufen:

Major Knoerzer, Infanterie-Regt. 13, zur Kommandantur von Vorkum.

Mit dem 1. April 1930 wird befördert:

zum Oberleutnant: Leutnant Reinhardt, Infanterie-Regt. 13.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 24. April

Volksbühne:

4. Aprilvorstellung

Die Affäre Dreifus

Schauspiel von Keffisch

und Herzog

Regie: Dr. Waag

Mitwirkende:

Bertram, Ermarth, Genter,

Schreiner, Janl, Brand,

Dahlen, Gemmede, Graf,

Herr, Hierl, Höder, Hossbach,

Kuß, D. Kienfischer, Klobbe,

Kuhne, Langrebe, Müller,

Reiter, Schulze, v. d. Trenck,

Grimm, G. Kienfischer, Bindemann, Luthar, Ribinius, Seibert

Anfang 19 1/2, Ende n. 22 1/2, Preise A (0,70—5,00 RM)

Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben

Freitag, 25. April

Angelina

Samstag, 26. April

Stello

Sonntag, 27. April

Die Fäden

Im Stanzertaus:

Der Mann, der seinen Namen änderte

Montag, 28. April

Die Affäre Dreifus

In der Festhalle:

6. Volksinfonieconcert